



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24891 - 93  
Fernschreiber 0896990

P/XIII/74 - 29. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Der DGB und die Atomwaffenrüstung Die Beschlüsse des DGB-Vorstandes	50
2 - 3	"Deutsche und Polen müssen miteinander sprechen" Wien soll Treffpunkt zwischen Warschau und Bonn werden	58
3 - 4	Pankow sieht eine Chance Rückwirkungen des Bonner Atomwaffenbeschlusses	50
5 - 6	"Entnazifizierungsgeschädigte" und der "Judenmord" Diese Rechnung geht nicht auf	65

\* \* \* \* \*

## Der DGB und die Atomwaffenrüstung

sp - Wenn die Gewerkschaften eine politische Entscheidung der Regierung gutheissen, wie etwa die Bildung der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wird ihnen von Regierungsseite hohes Lob ob ihres politischen Einsichtsvermögens gespendet - wenn aber die gleichen Gewerkschaften nach gründlichen Überlegungen in Lebensfragen der Nation zu anderen Einsichten als die Regierungsmehrheit gelangen, dann wird ihnen dazu das Recht bestritten. Als die grösste Massenorganisation in der Bundesrepublik hat der DGB mit seinen über sechs Millionen Mitgliedern das Recht, ja die Pflicht, seinen Einfluss bei Entscheidungen wirksam geltend zu machen, die die Existenz des ganzen Volkes berühren. Dem Gewerkschaften in der Zeit der Weimarer Republik wurde wiederholt vorgeworfen, sie hätten nicht genügend Phantasie, Elastizität und Widerstandskraft bewiesen, um den Aufstieg des Nationalsozialismus und damit die Tragödie des zweiten Weltkrieges zu verhindern. Einem solchen Vorwurf wollen sich die Gewerkschaften als einer der stärksten Pfeiler der neuen deutschen Demokratie nicht mehr aussetzen.

Noch sind nicht unwiderrufliche und unkorrigierbare Tatsachen geschaffen. Der Kampf um die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen wird ausserhalb des Parlamentes fortgesetzt. Einen führenden Anteil daran nehmen die Gewerkschaften. Sie machen sich damit zum Sprecher aller Schichten unseres Volkes. Von der Bewegung gegen den Atomtod sind nicht nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer erfasst, sie hat in ihren Bann alle geistig beweglichen Kräfte gezogen, die nicht mitschuldig an der Auslösung einer Menschheitskatastrophe werden wollen.

Die Unruhe im deutschen Volk ist ein Spiegelbild der allgemeinen Unruhe in der Welt. Mächtige Kräfte treten auf den Plan, um, so lange es noch Zeit ist, das Rad eines tödlichen Verhängnisses zum Stillstand zu bringen. So zwingt die tiefe Erregung im britischen Volk, die wie hier bei uns auch dort alle Schichten erfasst hat, die Regierung Macmillan zur Vorsicht; von ihr kommen heute die stärksten Impulse für die Einberufung einer Gipfelkonferenz. Die britische Regierung wagt es auch nicht mehr, alle Pläne über militärisch verdünnte Zonen in Mitteleuropa und Freihaltung dieses Raumes von Atomwaffen in das Reich der Phantasie zu verweisen, wie es von Bonn geschieht. Die ständigen Verluste der britischen Konservativen bei allen Unterhaus-Wahlen sind für die britische Regierung unüberhörbare Warnungszeichen.

Noch ist die gegenwärtige Bundestagsmehrheit und die von ihr gestützte Regierung nicht in einer Lage, die es ihr gestattet, die Stimmen der Warnung und des leidenschaftlichen Protestes einfach in den Wind zu schlagen. Je mehr sie zu einem mächtigen Chor und zum Aufschrei gegen einen drohenden kollektiven Selbstmord anschwellen, um so eher wird die Regierung gezwungen sein, darauf Rücksicht zu nehmen. Eine Politik ruht auf schwankenden Fundamenten, wenn sie ein Volk so auseinanderreisst, wie es bei dem Ringen um das Für und Wider der atomaren Aufrüstung geschieht.

"Deutsche und Polen müssen miteinander sprechen"

H.L., Wien

Die Bundestagsdebatte über die westdeutsche Aussenpolitik hat in Österreich lebhaftes Echo und zum ersten Mal - das darf als bemerkenswert, wenn nicht gar als sensationell gewertet werden - eine Beurteilung erfahren, die fast den Charakter einer politischen Initiative trägt. In sozialistischen wie auch in bürgerlichen Kreisen, ja selbst von entschieden katholischer Seite rät man der Bundesregierung zu einer kulanteren Haltung wenigstens Polen gegenüber. Das hier verlangt man nicht nur der Rhetorik halber: "Deutsche und Polen müssen miteinander sprechen!"

Wenn es die ÖVP nur wäre, die für diese Forderung eintritt, brauchte das nicht zu verwundern. Sie schliesslich ist es, die auch für Österreich alle Kontakte zum Osten forciert, ohne sich daraus politisch besondere Gewissensbisse zu machen. So hat sie Verbindung mit Peking aufgenommen und auch mit Nordkorea und mit dem roten Vietnam ins Geschäft zu kommen versucht. Was allerdings den Rat an Bonn betrifft, mit Polen klüger zu verfahren, so wird sie sowohl von der SPÖ wie auch von katholischer Seite unterstützt. Dass es gerade "Die Furche" ist, das Blatt des politischen Katholizismus in Österreich, die sich zum inoffiziellen Anwalt hierfür macht, sollte nicht leicht genommen werden. Die österreichische "Furche" gilt etwas, vor allem im politischen Bereich und dabei über Österreich hinaus in mancher Staatskanzlei. Sie gilt umso mehr, wenn von Polen die Rede ist. Denn dass sie mit Warschau besondere Verbindungen pflegt, ist Eingeweihten nicht unbekannt.

"Der Augenblick", so schreibt sie, "ist günstig. Er darf nicht vergeudet werden." Bonn müsste sich mit Warschau treffen, auch jetzt noch, nach der Bundestagsdebatte. "Die Sowjets nämlich, von denen hier Störungen ausgehen könnten, haben derzeit alles Interesse, der polnischen Aussenpolitik einen grösseren Spielraum zu lassen." Im voraus hätten sie sowohl das Placet für den Dollar-Kredit Amerikas wie auch für das Angebot Rapackis gegeben, direkte Gespräche zwischen Bonn und Warschau aufzunehmen, "vermutlich in der Hoffnung", fügt "Die Furche" an, "ja in der Gewissheit, dass daraus nichts werden würde."

Bonn also habe sich hier einer Chance begeben. Denn auch der Rapacki-Plan sei keineswegs "als Schachzug Chruschtschows einzustufen", sondern "eine geschickte Initiative des Warschauer Aussenministers" gewesen. Trotzdem: noch heute halte er Möglichkeiten für ein Gespräch zwischen Warschau und Bonn offen. Und dies zu bewirken, meint "Die Furche", sollte nun nachgerade auch ausserhalb des Offiziellen versucht werden. "Wäre nicht", fragt sie, "an einen privaten Gedankenaustausch zwischen Politikern, Gelehrten, Wirtschaftsführern, Publizisten, Schriftstellern und Gewerkschaftern zu denken? An ein zwangloses Treffen, das nicht weiter zu vollbringen hätte, als gegenseitige Vorurteile zu mildern und sie zu beseitigen." Für Österreich - und damit wird dieser Vorschlag konkret - erwähse eine besondere Aufgabe daraus. Österreich könnte zur Stätte dieser Begegnungen werden. "Ämtliche Stellen", heisst es, "würden nicht nur gewähren lassen, sondern derlei auch mit Wohlwollen betrachten." Wien jedenfalls sei als Ort der Verständigung bereit: "Die Stadt, an deren Pforten der grosse Polenkönig Jan Sobieski gemeinsam mit zwei deutschen Kurfürsten Europa vor einer sonst unausbleiblichen Katastrophe gerettet hat, wäre wie kaum eine zweite dazu prädestiniert, die Geburtsstätte einer segensreichen, dauernden harmonischen deutsch-polnischen Nachbarschaft zu werden."

Der sozialistische Vizekanzler Dr. Pittermann, der sich ebenfalls zu dieser Thera äusserte, gab Bonn auch seinerseits zu bedenken, "daß es eine sowjetische Regierung auf voraussichtlich noch lange Zeit geben wird, dass aber der Kommunismus sich ändert." Polen sei ein Beispiel dafür. Und Bonn laufe Gefahr, das zu ignorieren.

+ + +

Pankow sieht eine Chance

E.Z., Berlin

Die Pankower Reaktion auf den Bundestagsbeschluss über die Atombewaffnung der Bundesrepublik ist an zwei Faktoren abzulesen. Abgesehen von der Erklärung, die östliche Seite würde mit Gegenmassnahmen antworten, wobei allerdings die Abhängigkeit Pankows von den Moskauer Entscheidungen deutlicher denn je zu Tage tritt, wird die neue von der Adenauer-Mehrheit des Bundestages geschaffene Situation zur Forcierung der "gesamtdeutschen" Politik Ulbrichts und gleichzeitig aber

auch zur weiteren Verschärfung des innerpolitischen Kurses benutzt.

Die am 27. März in Ostberlin und den Bezirkshauptstädten durchgeführten Protestkundgebungen gehen auf einen Beschluss des Politbüros zurück, der zwei Tage vorher gefasst worden war und der auch Richtlinien jener neuen Pankower Politik enthielt. Ohne Zweifel sieht Ulbricht in der neuen Lage eine Chance, sich jetzt von Ostberlin aus mit einer gewissen Hoffnung auf einen Erfolg in die politische Auseinandersetzung in Westdeutschland einzuschalten.

Die neuen Pankower Direktiven waren bereits auf den ersten Protestkundgebungen zu erkennen. Die SED als Partei, die bisher in der Organisation solcher Massenkundgebungen demonstrativ in Erscheinung trat, hat diese Rolle jetzt an die Gewerkschaften abgegeben. Nicht der Parteichef Ulbricht, sondern der FDGB-Vorsitzende Warnke hielt in Ostberlin die Protestrede. Die jetzt angelaufenen Protestaktionen gegen Bonn werden künftig ausschliesslich von dem Gewerkschaftsbund getragen und gelenkt werden, weil man glaubt, die westdeutsche Arbeiterschaft werde in ihrer Empörung über den Bonner Atomwaffenbeschluss "vergessen", dass im totalitären Staat der Sowjetzone ja auch hinter dem FDGB der Pankower Kreml steht. Um die Chancen für einen schon seit langem erhofften Einfluss auf die Massen der westdeutschen Bevölkerung noch weiter zu erhöhen, werden neben den Gewerkschaften künftig auch die sowjetzonalen Wissenschaftler an die Pankower Propagandafront geschickt werden. Auch dieser Schachzug soll die kommunistischen Strippenzieher in Ostberlin hinter den Kulissen verschwinden lassen.

Aber auch innerpolitisch kam den Sedisten die Bonner Entscheidung über die Atomwaffenrüstung keineswegs ungelegen. Auf den in den grossen Betrieben inszenierten Belegschaftsversammlungen trat die Absicht deutlich in Erscheinung, mit dem neuen propagandistischen Vorstoss in Richtung Westdeutschland auch eine Verschärfung des auf dem 33. und 35. ZK-Plenum beschlossenen harten Kurses zu verbinden. Die Proteste gegen Bonn standen niemals allein, sondern waren stets von der Forderung begleitet, unter solchen Umständen müsse der "Kampf um bessere Produktionsleistungen noch intensiver werden."

Schon tauchen auch die ersten geschickten Hinweise von Vertretern der Ulbricht-Linie auf, nun habe sich doch deutlich gezeigt, wie recht Ulbricht mit seinem Kampf gegen die "weiche Schirdewan-Politik" gehabt habe. In den oppositionellen Kreisen in der SED muss die Chance Ulbrichts aufgrund der neuen Lage sein Prestige - wenn auch nicht wesentlich, so doch aber in einem gewissen Masse - wieder etwas aufmöbeln zu können, deprimierend wirken. So zeigt sich bereits heute, dass die von der Adenauer-Regierung erzwungene Entscheidung in der Atomwaffenfrage für Ulbricht höchst willkommen ist. Sie festigt seine Stellung innerhalb der SED. Pankow fühlt sich jetzt sicherer im Sattel als je seit den Tagen des 17. Juni.

"Entnazifizierungsgeschädigte" und der "Judenmord"

5. St. Die Statistik von den "6 Millionen Juden", die nach Akten der Nürnberger Prozesse in der Zeit 1939-1945 umgebracht worden seien, ist sehr oft angezweifelt worden. Manchmal waren die Gründe dafür objektiv, denn eine ganz genaue Feststellung der Zahl ist unmöglich, weil seinem Wesen nach der Kollektivmord die Zählung von Menschenleben nicht zulies, und weil die Bevölkerungsstatistik der Juden - besonders in den östlichen Ländern, wo die Verluste besonders gross waren - nicht vollständig ist. Andere Gründe waren subjektiv: Es gab Leute, die an der Zahl zweifelten, weil sie den Mord, mehr oder weniger bewusst, billigten. Die Argumente dieser "Zweifler" gehören zu dem Arsenal vorrätiger Apologien für alle Untaten des Nationalsozialismus. Die sogenannte "jüdische Lüge" von den sechs Millionen musste als "Beweis" dafür gelten, dass Deutschland in der Nachkriegszeit Unrecht geschehen sei.

Im "Reichsruf", dem offiziellen Blatt der Deutschen Reichspartei erschien kürzlich ein Artikel, verkleidet als "Leserzuschrift" eines "Über Achtzigjährigen", in dem der Zweifel an der Zahl der getöteten Juden in aggressivere Bahnen geleitet wird: Die Beschuldigung, dass die Juden mit der Schätzung von 6 Millionen "gelogen" hätten, wird als Ausgangsbasis genommen, um den CSU-Fraktionsvorsitzenden im bayerischen Landtag, Dr. Lippert, aufzufordern, schleunigst eine "Wiedergutmachung für Entnazifizierungsgeschädigte" einzuleiten. Drei Millionen Deutsche, heisst es da, sind im Osten bei Kriegsende auf der Flucht umgekommen; dagegen seien "nur" 350 000 bis 500 000 Juden ums Leben gekommen oder vermisst. Nach Denkart des Verfassers soll hiermit bewiesen sein, dass die "Rechnung aufgeht", also "ein Strich" unter die nationalsozialistische Vergangenheit gemacht werden kann. Die "Rechnung geht auf", weil, wie es auch im Nationalsozialismus üblich war, zum "Kollektivurteil" aufgefordert wird: Deutschen ist Unrecht geschehen; damit ist alles Unrecht, was Deutsche getan haben, aus der Welt geschafft ...

Um die Behauptung, dass "nur" 350 000 bis 500 000 Juden umgekommen seien, zu bekräftigen, werden Gerüchte als Tatsachen hingestellt.

Die Bevölkerungsstatistik des Zionistischen Kongresses wird geradezu gefälscht. Vom "jüdischen Juristen und Statistiker Dr. Ljostojewski" ist die Rede, und es wird behauptet, er sei nach 2 1/2 jähriger Bemühung zu der Überzeugung gekommen, die Zahl von sechs Millionen sei eine "infame Lüge". Es ist anzunehmen, dass mit dem "Dr. Ljostojewski" der jüdische Statistiker Dr. Lestschinsky gemeint ist: Aber die Ergebnisse seiner Arbeit werden falsch wiedergegeben: In seinem Buch "Crisis, Catastrophy and Survival" hat Lestschinsky nach sorgfältiger Arbeit den Tod von 6 093 000 Menschen feststellen müssen.

Auf die irren Behauptungen der Unverantwortlichen brauchte man nicht einzugehen, wenn die falschen Informationen, die sie für ihre Zwecke sich zu Nutzen machen, nicht auch verantwortlichere Kreise von Menschen erreicht hätten, die zwar die Untaten des Nationalsozialismus verabscheuen, aber wenig über die Tatsachen informiert sind. Die Zahl der ermordeten Juden wird in den vorichtigsten statistischen Arbeiten zwischen 4 1/2 und 6 Millionen geschätzt. Überdies bestätigen Dokumente aus der nationalsozialistischen Zeit die wahrscheinliche Richtigkeit dieser Ermessungen: Da gibt es zum Beispiel den Bericht des SS-Inspektors für Statistik Korkherr an SS-Reichsführer Himmler vom 19. April 1943 über die "Enlösung der europäischen Judenfrage". Nach seinen detaillierten Ermessungen müssen Ende 1942 bereits etwa 2,5 Millionen Juden "evakuiert" oder "sonderbehandelt", d.h. umgebracht worden sein und dies, bevor die Gaskammern ihr höchstes Vernichtungsquantum erreicht hatten. Nach Aussage des Kommandanten des Lagers Auschwitz, Franz Ferdinand Hoess, wurden im Sommer 1944 - um durch ein Beispiel den schliesslich erreichten Vernichtungsumfang zu veranschaulichen - "400 000 ungarische Juden" vergast. Auch die Tagesberichte der "Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes" sind beachtenswert: In der Meldung Nr. 51 an den Führer vom 20. Dezember 1942 heisst es zum Beispiel, dass in der Zeit vom 1. September bis 1. Dezember 1942 in den Gebieten Russland-Süd, Ukraine, Bialystok 363 211 Juden "exekutiert" wurden.

+ + +